



Es gilt das gesprochene Wort

Rede von Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen, anlässlich des Ersten Forums zur Demografischen Zukunft Europas der Europäischen Kommission am 30. Oktober 2006 in Brüssel

Sehr geehrte Frau Kollegin Haatainen,
sehr geehrter Herr Kommissar Spidla,
sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Möglichkeit, heute auf dem ersten Demografieforum der Europäischen Kommission zu sprechen. Ich freue mich sehr, dass diese Dialogplattform künftig regelmäßig stattfinden soll.

„War for Talents“, Bildungsarmut, mangelnde Integration – diese Schlagworte begegnen uns heute europaweit in den Debatten. Es ist richtig, diese Themen im Kontext des demografischen Wandels zu diskutieren, denn sie sind eng miteinander verwoben. Die Bildungsexpansion der sechziger und siebziger Jahre hat uns hervorragend ausgebildete junge Frauen und Männer beschert. Sie hat aber auch zum Absinken der Geburtenziffern beigetragen. Der Fachkräftemangel ist in Europa in manchen Branchen bereits angekommen.

Das muss nicht so sein! Dem können wir begegnen:
indem wir die Erwerbsbeteiligung der Frauen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steigern, damit Verantwortung für Erwerbseinkommen und Verantwortung für Erziehung von Kindern Hand in Hand gehen für Männer und Frauen.
Und wir müssen verstärkt in die Bildung der Kinder investieren, die bei uns leben insbesondere in die Integration junger Zuwanderer

Ich will mich heute auf die familienpolitischen Aspekte konzentrieren. Denn besonders auf diesem Feld will die deutsche Bundesregierung während ihrer Ratspräsidentschaft die Diskussion fortführen.

Die kürzlich veröffentlichte Mitteilung der Europäischen Kommission beschreibt die Herausforderung, vor der alle Mitgliedstaaten stehen:

- Die Geburtenraten sind niedrig

- und die Lebenserwartung steigt.

Eine zentrale Botschaft der Mitteilung ist aber, dass „Reaktionen auf den Geburtenrückgang gleichzeitig erforderlich und auch realistisch sind.“

Sie sind erforderlich, weil die Menschen in allen Ländern der EU – ausweislich vieler Studien – mehr Kinder haben möchten. Und sie sind – wie internationale Vergleiche zeigen – realistisch. Denn Strategien, die günstige Bedingungen für Familien schaffen, haben sich in vielen Ländern als wirkungsvoll erwiesen.

Was bedeutet das für unsere nationalen Politiken und für unsere Zusammenarbeit in der Europäischen Union? Das bedeutet, dass wir uns stärker an der Lebenswirklichkeit der Familien orientieren müssen. Nur so können wir eine positive Antwort auf den demografischen Wandel finden. Wir wollen, dass junge Erwachsene Kinder als Teil ihrer gemeinsamen Lebensplanung begreifen.

Hier kommt auch das Konzept der Flexicurity ins Spiel, dass auf europäischer Ebene aktuell diskutiert wird. Für mich stellt sich die Frage, wie wir familienfreundliche Politiken stärker in diesen Ansatz einbeziehen können.

Kindererziehung, das heißt Verantwortungsübernahme für den Alltag von Kindern, braucht Flexibilität für Eltern im Arbeitsalltag, die

Rücksicht auf Kinder nimmt und sie braucht Sicherheit für Familien, mit den finanziellen und sozialen Folgen nicht allein gelassen zu werden.

Verantwortung für Kinder muss ein gemeinsames Anliegen der gesamten Gesellschaft sein. Die finnische Präsidentschaft hat im Sommer ein Arbeitspapier dazu vorgelegt, welches die Bedeutung finanzieller Incentives und lokaler Infrastrukturen hervorhebt.

Dafür möchte ich Ihnen, Frau Haatainen, herzlich danken. Eine solche positive Antwort berücksichtigt

- die Potenziale der älteren Generation für den Zusammenhalt der Gesellschaft
- die Verantwortung der Väter,
- sie berücksichtigt die Spannung für junge Frauen Gleichstellung in der Familienarbeit und bei der Entfaltung ihrer Talente im Arbeitsmarkt zu finden
- sie fordert die Verantwortung von Wirtschaft und Gesellschaft Rücksicht auf die Care-Leistungen von Familien zu nehmen.

Die Europäische Union soll – so die Schlussfolgerung – in diesen Feldern ein Katalysator des Wandels sein und den Austausch von Informationen und Erfahrungen fördern. Die Teampräsidentschaft mit Portugal und Slowenien bietet uns erstmals die Möglichkeit gemeinsamen Leitlinien zu folgen und Akzente über 18 Monate sichtbar zu setzen. Mein herzlicher Dank gilt deshalb nicht nur unseren finnischen Kolleginnen und Kollegen, sondern auch Portugal und Slowenien für die gute Zusammenarbeit.

Wir brauchen ein entschlossenes Bekenntnis auf europäischer Ebene zu einer Politik, die es den Menschen erleichtert, sich für ein Leben mit Kindern zu entscheiden. Eine **Europäische Allianz für**

Familien soll Ausdruck eines solchen Bekenntnisses sein.

Verschiedenheit und Vielfalt der Familien in Europa sollen darin ebenso ihren Platz finden wie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Geschlechter.

Die Europäische Allianz für Familien soll auch einen Rahmen bieten für einen Informations- und Meinungsaustausch für mehr Familienfreundlichkeit.

Lassen Sie mich kurz von unseren Erfahrungen in Deutschland berichten: Noch vor kurzem galt Familienpolitik als nachrangiges Thema. Doch im Zuge der Debatten um die demografische Entwicklung hat sich das verändert: Familienpolitik hat in Deutschland Konjunktur

Über Parteigrenzen hinweg haben alle begriffen, wie wichtig Familie ist für Wohlstand, für Werte, und für Wachstum und Wettbewerb. Dieses Schicksal teilen alle Mitgliedstaaten:

- Das Sinken der Geburtenrate ist seit Mitte der sechziger Jahre ungebremst
- und die Kinderlosigkeit steigt mit dem Bildungsgrad der potenziellen Eltern.
- Die Kinderwünsche nehmen ab, insbesondere bei Männern.

Aber: aus den nationalen Herausforderungen heraus haben die Mitgliedstaaten unterschiedliche Lösungen entwickelt. Wir wollen von einander lernen und im Vergleich erfolgreiche Ansätze weiterentwickeln. Einen ersten Schritt in diese Richtung sind wir in Deutschland mit dem 7. Bericht über die Lage der Familien

gegangen. In neuartiger Weise hat dieser Bericht den Weg eines „international benchmarking“ gewählt:

- Wie gelingt in Frankreich die Förderung der Mehrkindfamilien?
- Sind britische Erfahrungen privater Betreuung übertragbar?
- Können uns finnische Beispiele früher Hilfen für gefährdete Kinder helfen?

Von erfolgreichen Ländern können wir lernen, an ihnen wollen wir uns messen. Deutschland hat aus diesem benchmarking Schlüsse gezogen: Lassen Sie mich vier Beispiele nennen:

1. Die Deutsche Bundesregierung führt im Januar 2007 ein Elterngeld ein.

Es ersetzt im ersten Jahr nach der Geburt 67 Prozent des wegfallenden Einkommens – maximal 1800 Euro. In allen skandinavischen Ländern aber auch zum Beispiel in Kanada hat sich das Elterngeld bewährt. Laut einer neuen Studie des Europarates entscheiden sich immer mehr Länder für diesen Weg. Das Elterngeld nimmt die Angst vor ökonomischen Schwierigkeiten unmittelbar nach der Geburt des Kindes und es verhindert ein Abrutschen in die Abhängigkeit von Transferleistungen mit all ihren Folgen.

2. In Finnland ist ein schönes Motto geprägt worden: „Wir wollen kein Kind zurücklassen!“

Gemeint sind damit gezielte Hilfen in sozial gefährdeten Familien, früh genug, um Erziehungskatastrophen zu verhindern. Die allermeisten Familien kommen mit ihren Kindern gut zurecht. Hier

muss sich der Staat überhaupt nicht einmischen. Aber es gibt auch Kinder, die auf der Schattenseite des Lebens geboren werden.

Ich meine Familien, deren Alltag geprägt ist von, Langzeitarbeitslosigkeit und Armut, Alkohol- und Drogenproblemen, Gewalt in der Familie, mangelnder sozialer Integration oder Wohlstandsverwahrlosung.

Gute Beispiele aus anderen Ländern können uns hier helfen:

- In Großbritannien werden seit den 90er Jahren „Early Excellence Centres“ eingerichtet.
- Neuvola steht für den finnischen Ansatz. In Familienzentren werden schwangere Frauen umfassend beraten, auf die Geburt vorbereitet und auch ärztlich betreut.
- Frühe Hilfen für gefährdete Kinder werden aktuell auch in Deutschland entwickelt. Ziel ist es, mit den vorhandenen Ressourcen ein Hilfsnetzwerk eng um gefährdete Familien zu knüpfen – ein Netz aus Hebammen und Geburtshelfern, Kinderärzten, Jugendhilfe und Kindergärten.

Frühe Förderung und Bildung ist der Schlüssel dafür, dass die jungen Erwachsenen später die Herausforderungen des demografischen Wandels meistern können.

3. Die makroökonomische Konsequenzen des Geburtenrückgangs beschleunigen jetzt auch in der Wirtschaft die aktive Zuwendung zum Thema Familie.

Unternehmen siedeln sich dort an, wo sie Fachkräfte finden. Junge Familien wollen dort leben, wo sie gute Bedingungen mit ihren Kindern finden. Es ist kein Zufall, dass die Wirtschaft immer stärker

auf solche Standortfaktoren achtet. In Zeiten der europaweiten Mobilität gewinnt dieser Aspekt auch im Wettbewerb der Regionen an Bedeutung. Deutschland knüpft jetzt ein Netzwerk von Unternehmen und Kommunen, die Familienfreundlichkeit als Top-Thema bearbeiten.

4. Der Demografische Wandel stellt uns auch vor die Frage, wie wir den Zusammenhalt der Generationen sichern wollen.

In Deutschland haben wir gerade damit begonnen, Mehrgenerationenhäuser zu eröffnen. Unter einem Dach werden dort Familiendienstleistungen, Hilfe zur Selbsthilfe und ein Treffpunkt für Jung und Alt angeboten. Sie folgen dem Prinzip der Großfamilie – dem Geben und Nehmen zwischen den Generationen – aber in moderner Form und ohne verwandtschaftliche Bindung. Auch der Aspekt „Wirtschaftskraft Alter“ wird während unserer EU-Ratspräsidentschaft thematisiert. Wir werden eine EntschlieÙung in den EPSCO-Rat einbringen und einen europäischen Kongress veranstalten, der anhand konkreter Beispiele veranschaulicht, wie sich diese Potenziale erschließen lassen.

Schaffen wir eine Grundlage für ein Europa, das den demografischen Wandel nicht als Bedrohung, sondern als Chance begreift! Ich bin mir sicher, dass eine konkrete Antwort auf die demografischen Herausforderungen den Menschen einmal mehr zeigen kann, worin die Chance einer immer engeren Zusammenarbeit in der europäischen Union für sie ganz persönlich liegt.